

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Von Arbeit bis Zusammenleben – Wie Flüchtlingsintegration in Kommunen gelingen kann



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

Von Arbeit bis Zusammenleben – Wie Flüchtlingsintegration in Kommunen gelingen kann

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2025 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Claudia Walther

Lektorat: Heike Herrberg, Bielefeld

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Umschlagabbildung: © Getty Images/iStockphoto/SolStock

Fotos: Seite 48 bis 124 © Michael Esser mit Ausnahme von:

Seite 67 © Martin Börner

Seite 108 © Franz Ellenberger

Seite 121 © privat

Seite 139 © Gordon Welters

Seite 145 © Darka Gorova, AMAL Berlin

Grafikdesign: Nicole Meyerholz, Bielefeld

Druck: Hans Giesemann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-998-0 (Print)

ISBN 978-3-86793-999-7 (E-Book PDF)

www.bertelsmann-stiftung.de/verlag

Inhalt

Executive Summary		5
Einleitung		6
<i>Claudia Walther</i>		
Chancen besser nutzen. Die Arbeitsintegration der Schutzsuchenden aus der Ukraine		8
<i>Dietrich Thränhardt</i>		
Wie Integration gelingen kann – Good-Practice-Beispiele aus Kommunen		48
<i>Michael Esser</i>		
POTSDAM	_ Gutes Wohnen entscheidet über Integration	50
	_ Im Notfallmodus auch ohne Notunterkünfte	56
WERRA-MEISSNER-KREIS	_ Blaulicht im Sozialkaufhaus	58
	_ Wichtel für Toleranz und Verständigung	63
ROSTOCK	_ Von Sahnehäubchen, Drachen und einem langen Schatten	66
	_ Ein Rostocker aus Peru führt den Migrantenrat	72
	_ Kultur macht stark	74
	_ Wie eine Familie	75
KREFELD	_ Bildung zwischen Wäscherei und Berufsschule	77
	_ Im Herbst ist Deutschland superlecker	83
	_ »Zugewanderte Kinder und Jugendliche hat man bisher kaum gehört«	86
LEIPZIG	_ Das Glück mit den »Geisterwohnungen«	88
KREIS OFFENBACH	_ Alltagskarrieren mit Kopftuch und Trenchcoat	93
	_ Nicht ohne uns über uns	97
FREIBURG	_ Integration im Job-Turbulenzen-Tempo	100
	_ Job-Turbo und das Freiburger Kompetenz-Center	101
	_ Deutsche Ausgewanderte in Südamerika	103

GELSENKIRCHEN	_Alle Kinder lachen in derselben Sprache	107
	_Der Erfolg hat viele Mütter	108
	_Rahmenbedingungen der Kinderstuben	115
STUTTGART	_Ohne Koffer, aber nicht ohne Talente	116
	_»Love-Bombing« für die Mentorin	121
	Resiliente Strukturen in der kommunalen Flüchtlings- und Integrationspolitik	125
	<i>Frank Gesemann</i>	
	Neustart im Team (NesT): Perspektiven für Familien mit besonderem Schutzbedarf	138
	<i>Ulrich Kober</i>	
	Bundesweites Netzwerk für Willkommenskultur	141
	<i>Catalin Hartwig, Luise Garleff</i>	
	Engagiert, strukturiert und professionalisiert	144
	<i>Nataliya Pryhornytska, Kateryna Pavlova</i>	

Einleitung

Claudia Walther

Wie kann die Integration in Kommunen gelingen? Auch wenn die Zahl der neu ankommenden Asylbewerber:innen inzwischen signifikant zurückgegangen ist – laut europäischer Asylagentur um 24 Prozent –, müssen Kommunen die Aufnahme und Integration der vielen Schutzsuchenden managen. Zwei Befragungen der Universität Hildesheim, durchgeführt im Herbst 2023 und im Frühjahr 2024, zeigen zwar, dass die Zahl der Kommunen, die sich »im Notfallmodus« sehen, ebenfalls stark gesunken ist. Doch neben der quantitativen Herausforderung ist es auch der Gegenwind durch den öffentlichen Diskurs, der die Kommunen unter Druck setzt. Nach jeder aufsehenerregenden Straftat, die Asylbewerber in Deutschland oder Europa verüben, überschlagen sich die populistischen Forderungen nach einem repressiveren Vorgehen gegen Geflüchtete insgesamt.

Infolge des Angriffskriegs gegen die Ukraine sind zum zweiten Mal innerhalb eines Jahrzehnts unerwartet viele Schutzsuchende nach Deutschland gekommen: rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine – die genauen Zahlen sind schwer zu verifizieren. Insbesondere für die Kommunen war und ist dies eine große Herausforderung, denn noch immer sind nicht alle Geflüchteten, die 2015/2016 aus Syrien und anderen Ländern nach Deutschland kamen, in dezentralen Wohnungen untergebracht. Die Folgen der Corona-Pandemie stecken vielen Menschen, auch in der Verwaltung, in Einrichtungen und der Zivilgesellschaft, noch in den Knochen. Und auch dass durch den Abzug westlicher Streitkräfte aus Af-

ghanistan viele Menschen vor den fundamentalistischen Taliban fliehen mussten, ist erst drei Jahre her. Personal- und Fachkräftemangel führen darüber hinaus zu Kapazitätsengpässen in Ausländerbehörden, Schulen und Kitas. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert zudem an – ein Ende ist nicht abzusehen. Hinzu kommen mehrere Hunderttausend Asylbewerber:innen, die in den Jahren 2023/24 aus anderen Ländern, teils weiterhin aus Syrien, Afghanistan und der Türkei, nach Deutschland gekommen sind.

Und doch wurden die Schutzsuchenden aus der Ukraine, die nach dem 24. Februar 2022 nach Polen, Deutschland und in andere europäische Länder kamen, mit offenen Armen aufgenommen. Privater Wohnraum stand in unerwartetem Ausmaß zur Verfügung: Ehemalige Kinderzimmer wurden freigeräumt, Hobbyräume in Schlafzimmer umgewandelt. Schnell entwickelten sich neue Hilfsprojekte. Die Alliance4Ukraine (inzwischen Welcome Alliance) wurde gebildet und umfasst über vierhundert Akteur:innen und Organisationen aus staatlichen Stellen, Unternehmen und Zivilgesellschaft. Digitale Plattformen wurden neu organisiert.

In dieser Gemengelage leisten vor allem Kommunen und Zivilgesellschaft vor Ort enorm viel. In unserem Online-Fachaustausch für Kommunen haben wir gemeinsam mit der Welcome Alliance in bisher 45 »Willkommen: Online-Austausch«-Meetings viele Good-Practice-Beispiele aus Kommunen vorgestellt. Neun davon porträtiert in dieser Publikation der Journalist Michael Esser.

Innovative Beispiele, die anderen Kommunen als Anregung dienen können. Wir fragen, wie diese sich auch auf künftige Fluchtbewegungen gut vorbereiten können, und stellen dazu erste Erkenntnisse einer Studie des DESI-Instituts (für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration) vor sowie überregionale Ansätze wie die Welcome Alliance und das Aufnahmeprogramm NesT.

Wie vorteilhaft wäre es, wenn es gelänge, Geflüchtete schnell in Arbeit oder Ausbildung zu integrieren! »Chancen nutzen!«, lautet daher die Studie von Prof. Dr. Dietrich Thränhardt zur Arbeitsintegration der Schutzsuchenden aus der Ukraine. Der Autor analysiert die Hürden, die im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bisher die Arbeitsaufnahme hierzulande erschweren. Ermutigend ist, dass er Wege aufzeigt, wie die Arbeitsintegration verbessert und beschleunigt werden kann. Arbeit und Ausbildung sind Schlüsselthemen für die Integration – das zeigt sich hier sehr deutlich. Ein Blick in europäische Nachbarländer wie Polen, Tschechien oder Estland zeigt, dass es möglich ist, in wenigen Monaten zwei Drittel der Schutzsuchenden in Arbeit zu bringen. Diese ist nicht nur wichtig, um den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, sondern Arbeit ist auch sinnstiftend. Und Arbeitsintegration ist eine Chance für unsere Wirtschaft und Gesellschaft, die von Fachkräfte- und Personalmangel geplagt ist.

Wie auch immer sich die Organisation der Migration europaweit entwickeln wird: Entscheidend ist, ob die Integration vor Ort gelingt oder nicht. Viele Haupt- und Ehrenamtliche in Kommunen, ob in Verwaltung oder Zivilgesellschaft, ob in Unternehmen oder Politik, geben ihr Bestes. Sie brauchen Unterstützung vom Bund und von den Ländern. Wir möchten mit diesem Band zeigen, wie Integration gelingen kann – ob es um Arbeit, frühkindliche Bildung oder das Zusammenleben geht.

Zusammen mit dieser Publikation erscheint der Fotoband »Neu hier! Wie sich Geflüchtete in

Deutschland ein neues Leben aufbauen«. Diese Reportagen von Thomas Byczkowski zeigen Menschen, die trotz sehr vieler Hürden ihren Weg gehen und in Deutschland ihren Platz in Arbeit, Ausbildung oder Studium – also in der Gesellschaft – gefunden haben. Mit diesen Biografien möchten wir auch dazu ermutigen, die Begegnung mit unseren neuen Nachbar:innen zu suchen, ihnen zuzuhören, ihre Geschichten weiterzuerzählen.

Chancen besser nutzen. Die Arbeitsintegration der Schutzsuchenden aus der Ukraine

Dietrich Thränhardt

Einleitung

Rund eine Million Schutzsuchende kamen infolge des Angriffskrieges in der Ukraine nach Deutschland. Die genauen Zahlen sind schwierig zu verifizieren. Die Mehrheit der ukrainischen Schutzsuchenden sind Frauen und Kinder. Etwa drei Viertel der nach Deutschland geflüchteten Menschen sind im erwerbsfähigen Alter, das heißt zwischen 15 und 65 Jahre alt. Der überwiegende Teil möchte gern beruflich arbeiten, am liebsten im eigenen, in der Ukraine erlernten Beruf. Auch wenn der Grund für die Migration die Flucht vor dem Angriffskrieg war, wäre es eine enorme Chance, wenn es gelänge, eine solch große Zahl von Menschen als Arbeitskräfte in Deutschland zu integrieren – eine Chance für die Schutzsuchenden und eine Chance für die Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande.

In Zeiten von Fachkräfte- und Personalmangel ist Deutschland bekanntlich auf die Zuwanderung aus Drittstaaten angewiesen. Und es wäre eine Chance für die Zukunft der Ukraine selbst, wenn für den Wiederaufbau nach Ende des Krieges geübte Mediziner:innen und Pflegekräfte, Busfahrer:innen oder Verwaltungsmitarbeitende nahtlos an ihre berufliche Tätigkeit anknüpfen könnten. Doch bisher bleibt die Praxis hinter den Erwartungen zurück.

Im ersten Teil dieses Beitrags wird dargestellt, wie viele Schutzsuchende aus der Ukraine in Deutsch-

land leben, wie viele von ihnen in Arbeit sind und wie die Arbeitsintegration im Vergleich zu den Nachbarländern zu bewerten ist. Auch der Anteil des Fachkräftepotenzials wird dabei ausgewiesen.

Im zweiten Teil wird analysiert, wo es im Vergleich zu den Nachbarländern Hürden bei der Arbeitsintegration der Menschen aus der Ukraine gibt. Dabei wird auf den Widerspruch zwischen der Unterbeschäftigung einerseits und dem Arbeitskräftemangel andererseits eingegangen. Zudem werden rechtliche Umsetzungsblockaden dargestellt, die sich von Beruf zu Beruf unterscheiden. Hierbei kommt durchaus Überraschendes zutage, etwa wenn es um die unterschiedliche Arbeitsintegration der Geschlechter und auch in den verschiedenen Bundesländern geht. Darüber hinaus wird die geänderte Strategie von Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit beleuchtet. Denn regierungsseitig wird mit dem Job-Turbo das Ziel verfolgt, die Arbeitsintegration von Schutzsuchenden aus der Ukraine zu beschleunigen. Hierzu gehört auch eine Abkehr von dem Prinzip »language first«. Administrative Engpässe stehen jedoch teilweise noch dieser geänderten Strategie gegenüber.

Im dritten Teil wird der Stand der Arbeitsintegration in Deutschland mit der von östlichen EU-Ländern verglichen. Ein Blick nach Estland, Polen und Tschechien, wo die Arbeitsbeteiligung schon jeweils bei 60 bis 65 Prozent liegt, macht deutlich, dass in Deutschland mit 26,5 Prozent noch

Luft nach oben ist. Der Vergleich zeigt, dass konsequent auf Arbeitsaufnahme ausgerichtete Politiken Erfolge zeigen. So konnten beispielsweise im Gesundheitswesen viele Ukrainer:innen in Estland zügig mithilfe von Qualifizierungen in medizinischen Berufen eingesetzt werden.

Handlungsempfehlungen gibt es im vierten Teil dieses Beitrags. Die positive Nachricht: Eine schnellere Arbeitsintegration ist machbar. Ein Schlüsselthema ist das Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen, beispielsweise »bridging measures«. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit Lernerfahrungen aus der Fluchtzuwanderung von 2015 die Arbeitsintegration der Ukrainer:innen verbessert haben – aber auch umgekehrt: was aus der Aufnahme von Ukrainer:innen für das Asylsystem zu lernen ist. Und schließlich spielen auch die Digitalisierung und der Abbau administrativer Blockaden sowie die Antizipierung und Umsetzung europaweiter Regelungen eine Rolle. Denn wenn EU-Empfehlungen zur Arbeitsintegration nicht oder erst verspätet umgesetzt werden, verweist das ebenfalls auf Lernbedarf und Verbesserungspotenzial.

Die vorliegende Studie knüpft an eine Vorgängerstudie an. Kurz bevor die enorme Fluchtzuwanderung im September 2015 ihren Höhepunkt erreichte, veröffentlichte die Bertelsmann Stiftung im Mai des Jahres eine Studie zum Thema »Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland« (Thränhardt 2015). Sie enthielt die Anregung, Arbeitsmöglichkeiten für Menschen aus dem Westbalkan und damit eine Alternative zum Asylantrag zu eröffnen. Tatsächlich wurde dann Ende 2015 die »Westbalkanregelung« eingeführt, die den Menschen aus sieben Staaten des Balkans den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert. Bis heute gilt diese Regelung als sehr erfolgreich. Dies stimmt optimistisch, dass die Arbeitsintegration von Geflüchteten auch aktuell verbessert werden kann.

1 Arbeitsintegration als Problem für Deutschland und die Schutzsuchenden

1.1 Fluchtmigration und Arbeitsaufnahme

Ebenso wie die Aufnahme der Geflüchteten 2015 war die Ankunft der ukrainischen Schutzsuchenden 2022 von Hoffnungen für den Arbeitsmarkt begleitet. DIW-Präsident Fratzscher gab eine weit verbreitete Stimmung wieder, als er schrieb, »wir in Deutschland« hätten »aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt« und würden den Ukrainer:innen »eine wirkliche Chance geben, sich in unserem Land zu integrieren«. »So groß der Verlust dieser Menschen für die Ukraine ist, so groß ist das Glück dieser Zuwanderung für Deutschland, auch wirtschaftlich« (Fratzscher 2022). Die hohen Qualifikationen der Ukrainer:innen¹ waren eine zusätzliche Quelle der Hoffnung, denn Deutschland sucht Fachkräfte. Umso größer ist nach mehr als zwei Jahren die Enttäuschung. Sie verleitet einzelne Politiker:innen zu extremen Rückführungsforderungen² und ist Teil einer breiten Debatte über die Höhe des Bürgergeldes und seiner ausländischen Bezieher:innen geworden. Zugleich wird eine Kluft zwischen den Erklärungen der amtlichen Migrationsexpert:innen und der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit deutlich.³

In dieser Situation stellen sich Fragen: Warum ist es nicht gelungen, die gut ausgebildeten ukrainischen Schutzsuchenden mehr in Arbeit zu bringen? Ist dies ein speziell deutsches Problem und wie sieht der Vergleich mit den Nachbarn aus? Gibt es Nachbarländer, von denen wir lernen kön-

1 82 Prozent der erwachsenen Schutzsuchenden im Jahr 2022 hatten einen beruflichen oder akademischen Abschluss und 85 Prozent waren erwerbstätig gewesen (Brücker et al. 2023).

2 Vgl. Böck 2024. Zur anschließenden Debatte, in der sich auch Wagenknecht entsprechend äußerte, siehe Crolly 2024.

3 Vgl. z. B. Hunderte kritische Leserbriefe zu Scheffel 2024. Neben Polemik finden sich dabei viele Erfahrungsberichte und analytische Bemerkungen.

nen? Wenn ja, was sind die entscheidenden Stell-schrauben? Ist die Höhe unseres Bürgergeldes entscheidend? Zieht das Bürgergeld Sekundär-migration an? Beherbergt Deutschland besonders viele Ukrainer:innen? Was können wir tun?

Ziel ist, hemmende Engpässe und Sperren zu identifizieren, die den Zugang behindern. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Umsetzung in den Verwaltungsverfahren gelegt – denn eine Politik ist immer nur so gut wie ihre Umsetzung. Eine differenzierte und faktenbasierte Analyse ist insbesondere deswegen nötig, weil Asyl und Schutz intensiv im Meinungsstreit stehen und sich »populäre Mythen« (de Haas 2023) verbreitet haben, die ganze Gruppen betreffen und Zusammenhänge verwirren. Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten erheblich von der Zuwanderung aus den EU-Beitrittsländern in den Arbeitsmarkt profitiert – Ländern, aus denen vorher Asylbewerber:innen gekommen waren: bis 1990 auch aus Polen, bis 2007 aus Rumänien. Die Arbeitsmarkterfolge beruhen auf Veränderungen der Rahmenbedingungen, vor allem der Öffnung der Grenzen innerhalb der EU und dem unkomplizierteren Zugang für EU-Bürger:innen.

Würde es gelingen, die Mehrzahl der ukrainischen Schutzsuchenden in Arbeit zu bringen, wäre das ein großer Beitrag zur Milderung des Arbeitskräfteproblems, vor allem in Berufsgruppen mit akademischen Qualifikationen. Werden Transferempfänger:innen zu Steuerzahler:innen, entlastet das die öffentlichen Haushalte. Angesichts sinkender Zahlen inländischer Arbeitskräfte aufgrund des deutschen Geburtendefizits ist Deutschland auf Arbeitskräfteeinwanderung angewiesen. Die Frage nach den Gründen der schleppenden Arbeitsmarktintegration ist daher von zentraler Bedeutung.

1.2 Wie viele Schutzsuchende aus der Ukraine leben in Deutschland?

Länder wie Polen, Estland, Dänemark, Norwegen oder Irland haben digitale Informationssysteme für die ukrainischen Schutzsuchenden geschaffen, mit denen Kennzahlen über Alter, Geschlecht, Arbeit und Wohnstatus erfasst werden, einschließlich der Möglichkeit zu Korrelationen und Analysen. Das irische Statistikamt errechnet die Zahl der real anwesenden Schutzsuchenden, indem es alle Behördenkontakte im laufenden Monat registriert. Im Juni 2024 kam es auf 76 Prozent der 2002 bis 2024 Registrierten (Central Statistics Office 2024).

In Deutschland dagegen sind Verknüpfungen schwierig und schon die Gesamtzahl wird unterschiedlich angegeben. Am 23. Mai 2024 veröffentlichte das Statistische Bundesamt eine aktuelle Berechnung. Statt von 1,13 Millionen Ende Dezember 2023 – die aufgrund der Zahlen des Ausländerzentralregisters überall verbreitet wurden⁴ – geht das Amt für Ende 2023 nun von 977.000 Schutzsuchenden aus (Destatis 2024b). Eurostat gab aufgrund der alten Berechnungsgrundlagen für Mai 2024 1.332.515 Schutzsuchende an, entsprechend auch der UNHCR und Statista.⁵ Im Juli 2024 korrigierte Deutschland dann seine Meldung an Eurostat um 236.925 Personen (17,6 Prozent) nach unten (Eurostat 2024d). Derartige Korrekturen gab es auch in anderen Staaten. Lange Zeit wurden für Polen 1,5 Millionen Schutzsuchende angegeben; das war die Zahl der dort Registrierten, von denen ein Teil zurückgegangen oder weitergewandert ist. Für Bulgarien hat Eurostat seine Angaben zwischen Januar und Februar 2024 von 172.275 auf 45.715 korrigiert.

4 So auch noch von der Bundesregierung am 18.4.2024 (vgl. Deutscher Bundestag 2024: 20).

5 Eurostat 2024. Eurostat bezieht seine Daten von den Mitgliedsstaaten. In den Eurostat-Zahlen sind auch Schutzsuchende aus der Ukraine mit anderer Staatsangehörigkeit enthalten (Statista 2024).

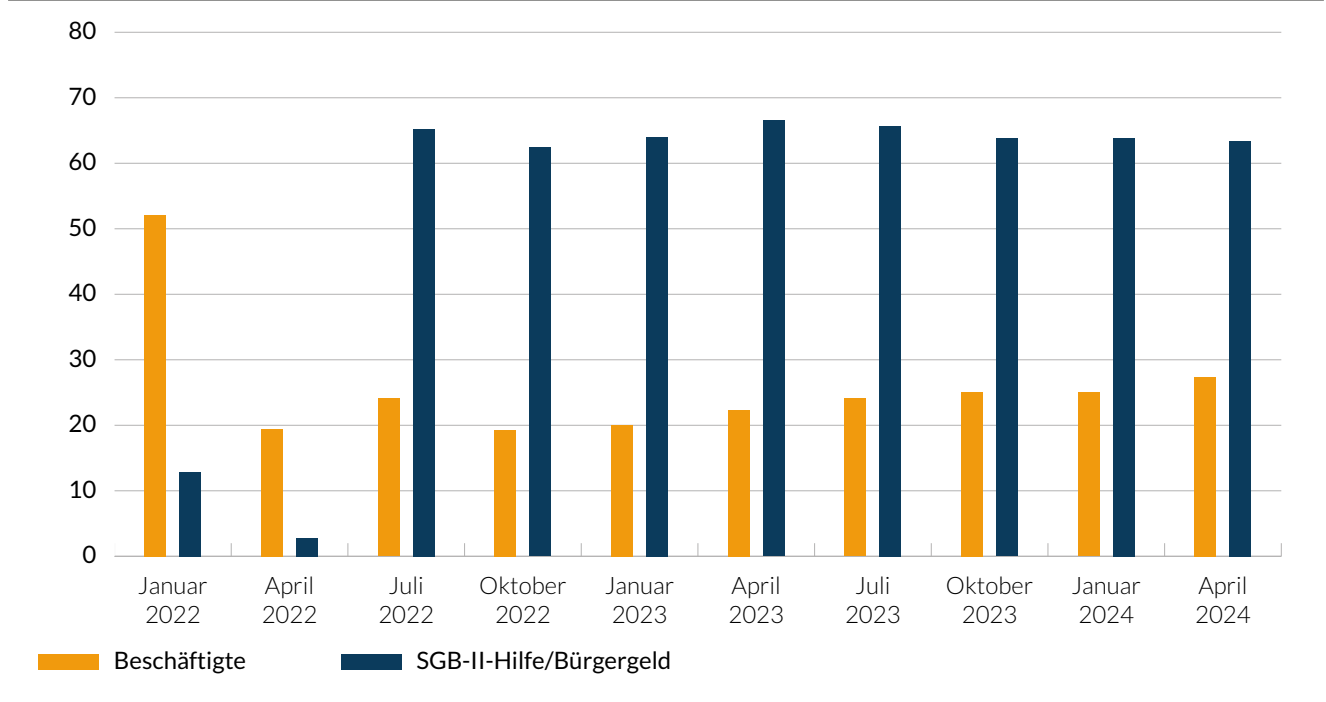
Der Osnabrücker Migrationswissenschaftler Franck Düvell hatte schon im Februar 2024 die Zahlen des Ausländerzentralregisters relativiert, weil dort »Fortzüge nicht oder nur verspätet registriert« werden (Düvell 2024). Düvell addierte für Ende 2023 113.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, 686.000 Bezieher:innen von Grundsicherung für Arbeitsuchende (inklusive Kinder) sowie 56.500 Bezieher:innen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das ergab eine Summe von 855.500. Mit kleineren Gruppen von Studierenden und Menschen ohne Anmeldung errechnete er eine Zahl von insgesamt 900.000 Schutzsuchenden.

Eine neue Untersuchung des BAMF-Forschungszentrums konstatiert, dass »gegenwärtig weder verlässliche administrative noch sozialwissenschaftlich erhobene Daten und Analysen zur Rückkehr bzw. Pendelmobilität der Geflüchteten

zwischen Deutschland und der Ukraine existieren« (Heiermann und Atanisev 2024: 22). Die Autoren bedauern, dass es aktuell »nicht die Möglichkeit des automatisierten Datenaustausches zwischen Leistungsbehörden und den Ausländerbehörden« gebe. Das BMI bereite einen Gesetzentwurf vor, der den Datenaustausch verbessern solle (ebd.: 38). Deutschland hat also Probleme mit der Erfassung.

Das Ausländerzentralregister ist nur sehr eingeschränkt für statistische Auskünfte geeignet; es ist eine Auskunftsdatei für Behörden. Löschungen sind dort nicht prioritär. Die überhöhte Zahl ergibt aber in der Öffentlichkeit ein falsches Bild. Insbesondere kann der falsche Eindruck entstehen, Deutschland habe wesentlich mehr Flüchtlinge aufgenommen als Polen und es gebe eine Drift nach Deutschland (vgl. Breyton 2024). In Wirklichkeit dürften die Zahlen zwischen den

ABBILDUNG 1: Beschäftigungs- und Sozialhilferate der Ukrainer:innen in Deutschland 2022–2024 (in Prozent)



Quelle: IAB 2024

beiden Ländern wenig differieren, zumal Polen Übergänge in den Beschäftigten-Rechtsstatus anbietet und die Wechselnden dann aus der Kategorie »Vorläufige Aufnahme« ausscheiden.

1.3 Quantitative und qualitative Arbeitsdaten

Die Bundesagentur für Arbeit erhebt Statistiken nach nationaler Herkunft, erfasst also die ukrainischen Schutzsuchenden zusammen mit den Ukrainer:innen, die schon vor Kriegsbeginn in Deutschland waren. Wie in Abbildung 1 zu sehen, sank die Arbeitsbeteiligung verständlicherweise mit der Ankunft der Schutzsuchenden im Frühjahr 2022. Nach einem kurzen Anstieg aufgrund spontaner Arbeitssuche der Schutzsuchenden ging sie im Zusammenhang mit der generellen

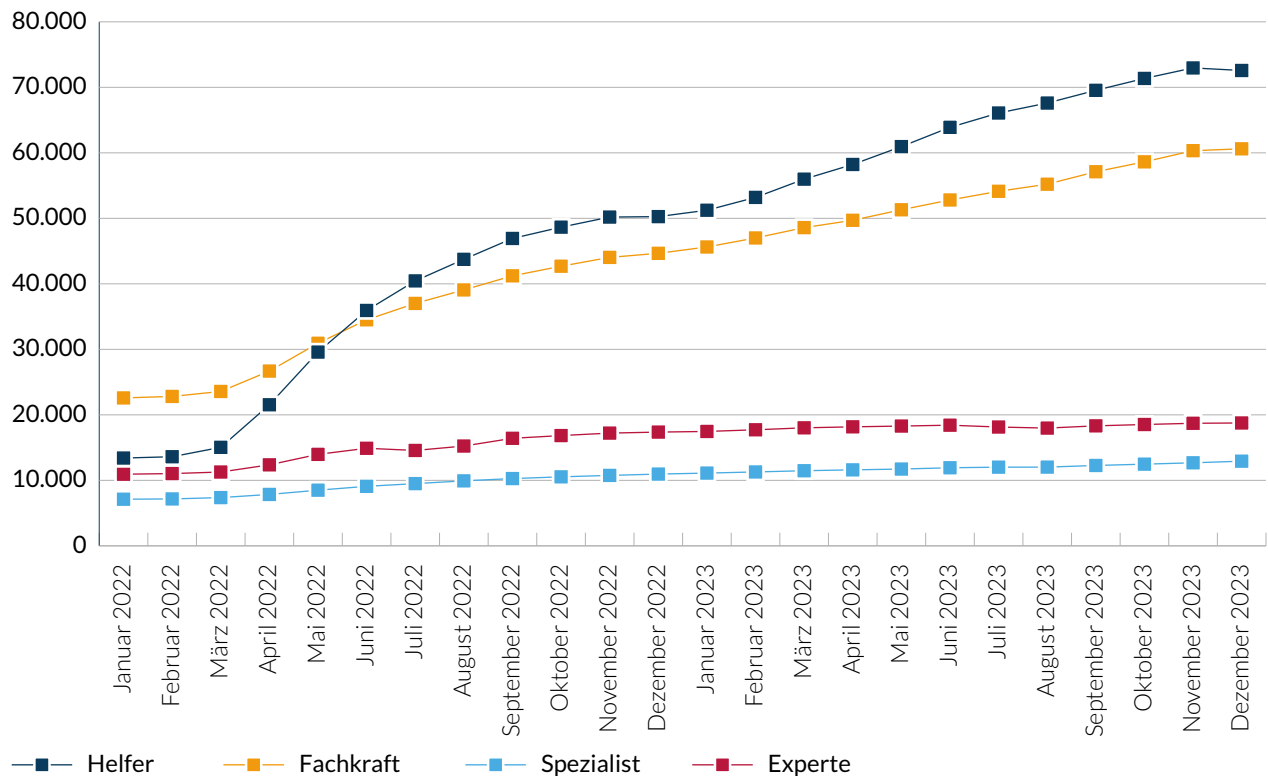
Verpflichtung zu den Integrationskursen wieder zurück.⁶ Seit dem Sommer 2023 steigt sie langsam, sodass inzwischen etwas mehr als ein Viertel der Ukrainer:innen in Deutschland beschäftigt ist. Außer den abhängig Beschäftigten gibt es kleinere Gruppen von Selbstständigen und von Telearbeiter:innen, vor allem mit Ukraine-Bezug, die nicht von der Statistik erfasst werden.

Die deutsche Strategie mit der Verpflichtung zu Integrationskursen ging anfangs davon aus, dass die Arbeitsbeteiligung zwar langsamer steigen würde als in anderen Ländern, aber langfristig zu höherwertiger Beschäftigung führen würde.⁷ Betrachtet man die berufliche Einstufung der ukrai-

6 Der Rückgang ist auch in den IAB-Befragungsdaten zu verfolgen, siehe Brücker et al. 2023: 72.

7 So noch jüngst Kosyakova et al. 2024.

ABBILDUNG 2: Beschäftigte Ukrainer:innen nach Anforderungsniveau der ausgeübten Tätigkeit



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne Auszubildende | Quelle: BA 2024b

TABELLE 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgeübtem Anforderungsniveau (in Prozent)

	Helfer	Fachkraft	Spezialist	Experte
Ukraine	44,3	36,4	7,7	11,5
Syrien	43,9	44,6	4,1	7,2
Asylherkunftsländer	46,6	41,2	4,4	7,6
Westbalkanländer	39,0	50,6	5,1	5,1
EU-Beitrittsländer	45,8	45,2	4,6	4,4
Ausländer insgesamt	37,4	44,2	7,5	10,7
Beschäftigte insgesamt	16,7	53,1	14,8	14,9

Stand: Oktober 2023. | Quelle: BA 2024b

nischen Arbeitnehmer:innen 2022/23, wird diese Erwartung enttäuscht. Die Entwicklung verläuft von überwiegend anspruchsvollen Einstufungen hin zu einem immer größeren Anteil von »Helfern« (Abb. 2). Mit den Einstufungen »Helfer«, »Fachkraft«, »Spezialist« und »Experte« klassifiziert die Bundesagentur für Arbeit die Anforderungsniveaus.⁸ Waren die ukrainischen Beschäftigten vor Kriegsbeginn noch zu drei Vierteln in den drei anspruchsvollen Kategorien eingestuft und machten »Helfer« nur ein Viertel aus, hat sich das bis Ende 2023 schrittweise geändert: Der Anteil der »Helfer« stieg auf 44 Prozent, während die Zahlen der »Experten« und »Spezialisten« in den letzten Monaten stagnierten.⁹

Vergleicht man die Ukrainer:innen mit anderen Migrationsgruppen, die weit weniger akademisch

qualifiziert sind, wird deutlich, dass ihre hohen Qualifikationen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht realisiert wurden. Offensichtlich hat eine starke Dequalifizierung stattgefunden, soweit die ukrainischen Schutzsuchenden überhaupt in Arbeit sind.

1.4 Erfolge in Nachbarländern mit vielen Schutzsuchenden

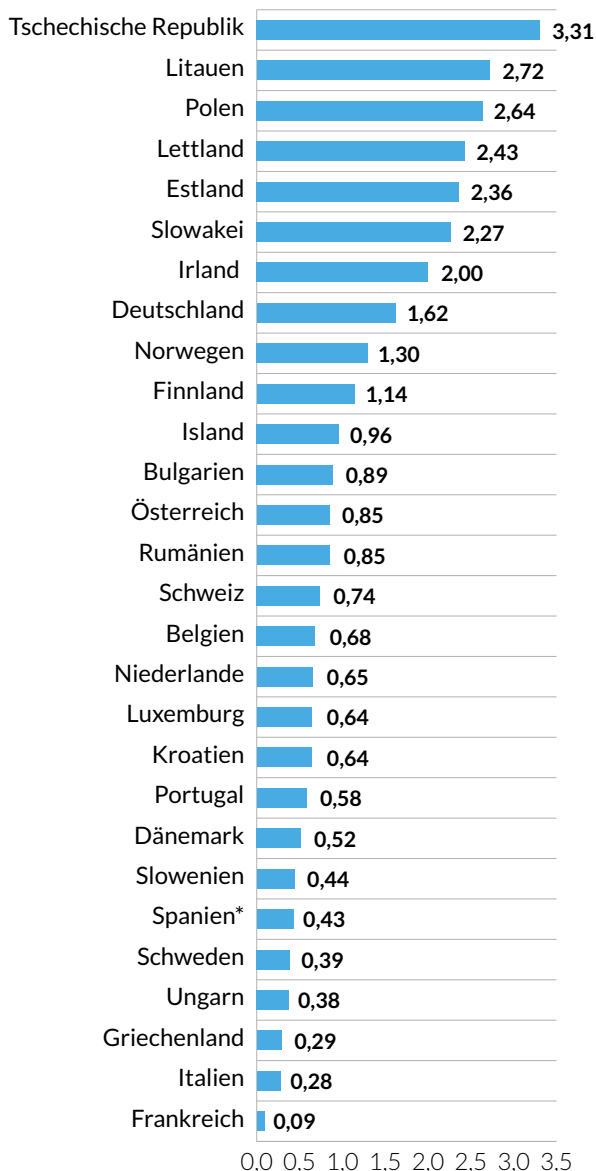
Die langsame Arbeitsintegration in Deutschland kontrastiert mit schnelleren Erfolgen in den östlichen Nachbarländern, die pro Kopf der Bevölkerung mehr ukrainische Schutzsuchende aufgenommen haben (Abb. 3). In Tschechien machten ukrainische Schutzsuchende Ende Mai 2024 3,56 Prozent der Bevölkerung aus, in Litauen, Polen, Estland, Lettland und der Slowakei mehr als zwei Prozent. Die monatlich ins Netz gestellte Eurostat-Karte zeigt eine deutliche Ost-West-Abstufung. Das einzige westeuropäische Land mit zwei Prozent Schutzsuchenden ist Irland, Frankreich steht mit einem Prozent ukrainischem Bevölkerungsanteil am unteren Ende der Aufnahmeskala.

Deutschland ist in absoluten Zahlen das wichtigste Aufnahmeland. Nach den Eurostat-Daten lag es mit 1,58 Prozent ukrainischen Schutzsu-

8 Vgl. BA 2024a. Die hier ausgewerteten BA-Statistiken beziehen sich auf alle ukrainischen Staatsangehörigen, einschließlich der schon vor Kriegsbeginn in Deutschland lebenden Menschen.

9 Diese Entwicklung wurde erstmals im hessischen Migrationsmonitor grafisch dargestellt (Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales 2024: 322). In Hessen stieg die Zahl der Helfer zwischen Februar 2022 und Juni 2023 um 346 Prozent, »gefolgt von der Beschäftigung auf Fachkräfteniveau (+119 %). Deutlich langsamer und quantitativ weniger bedeutsam verlief das Wachstum der Beschäftigung auf Experten-Niveau (+73 %) und bei Spezialisten (+69 %).« Für den Hinweis auf die Effekte danke ich der Autorin Ingrid Ruhland, Wiesbaden.

ABBILDUNG 3: Schutzsuchende aus der Ukraine in Prozent der Landesbevölkerung Ende Juni 2024



* Keine Meldungen für Juni, Wert aus dem April.
Quelle: Eurostat 2024c

chenden über dem EU-Durchschnitt von 0,94 Prozent. Nach den oben genannten Daten des Statistischen Bundesamtes wären es 1,19 Prozent. Deutschland hat mehr Schutzsuchende aufgenommen als seine westlichen Nachbarn – bleibt aber prozentual hinter seinen östlichen Nachbarstaaten zurück.¹⁰

Seit Ende 2022 ist diese Verteilung weitgehend stabil. Zwischen Mai und Juni 2024 gab es die höchsten Zuwächse in Polen mit 1,3 Prozent, in Tschechien mit 1,2 Prozent und in Deutschland mit 1,1 Prozent, während die stärksten Rückgänge in Estland mit –3,7 Prozent und in Frankreich mit –0,1 Prozent zu verzeichnen waren.

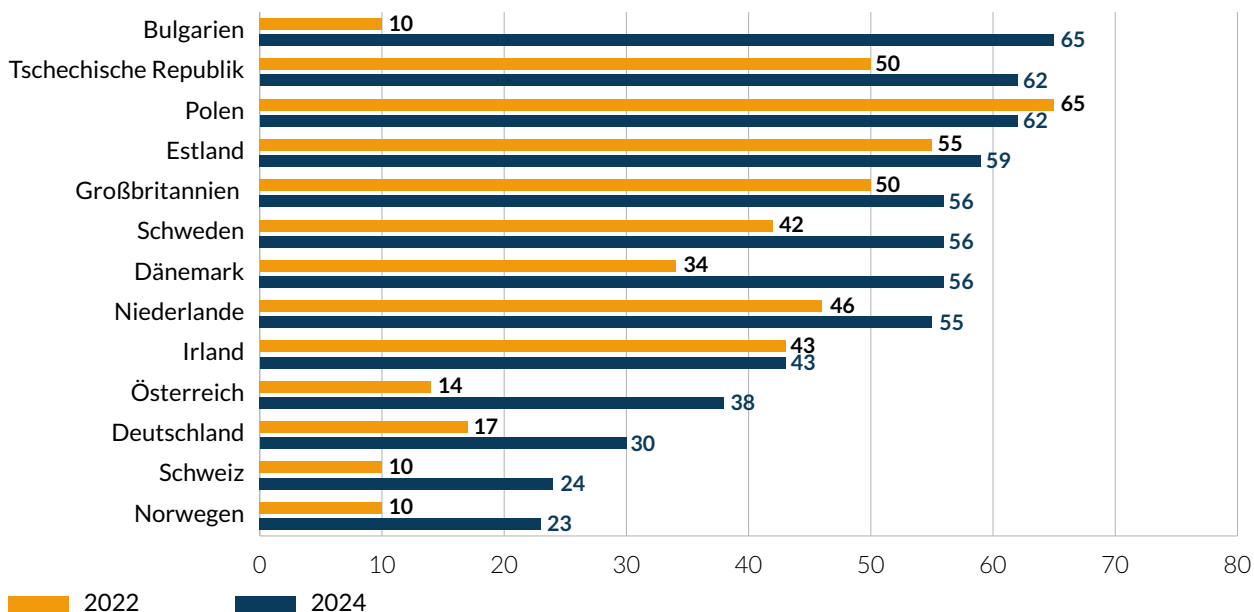
Trotz der hohen Zuwanderung haben ostmitteleuropäische Länder die Schutzsuchenden überwiegend rasch und erfolgreich in Arbeit gebracht (Abb. 4). Dabei fällt auf, dass die großen Erfolge in Polen, Tschechien und Estland schon 2022 erzielt wurden, während die Zuwächse in den folgenden Jahren relativ gering blieben; in Polen wurde sogar ein leichter Rückgang errechnet, was mit dem Übergang von Beschäftigten in andere Aufenthaltsstatus zusammenhängen dürfte. Die internationalen Zahlen sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsmethoden nur bedingt vergleichbar, die unterschiedlichen Größenordnungen sind gleichwohl bemerkenswert.¹¹

Inzwischen gibt es mehrere Vergleichstabellen. Die OECD-EMN-Tabelle setzt Litauen mit 66 Prozent an die Spitze und Kroatien mit sechs Pro-

10 Alle Zahlen nach Eurostat 2024a. Die hohen Aufnahmewerte in den östlichen EU-Staaten scheinen in Deutschland nicht überall bekannt zu sein. So klagte Landkreispräsident Sager über »Überforderung« und meinte: »Vielleicht wäre auch Polen bereit, mehr ukrainische Geflüchtete aufzunehmen, wenn es Unterstützung von der EU gibt« (Die Welt 2024).

11 Dänemark verzeichnet im August 2024 eine Arbeitsrate von 84 Prozent, bezieht dabei aber nur die arbeitsfähigen Menschen ein und lässt ein Drittel der Altersgruppe im Arbeitsalter außer Betracht. Die hohen Werte, die in früheren Untersuchungen angegeben wurden, müssen daher relativiert werden. Bei den Niederlanden gab es Probleme mit Doppelzählungen bei mehrfachen Jobs nacheinander; vgl. Thränhardt 2023a: 24, und 2023b.

ABBILDUNG 4: Arbeitsbeteiligung ukrainischer Geflüchteter in Europa (in Prozent)



Quellen: UNHCR 2024b; Studer 2024; Wilson 2024; Narodowy Bank Polski 2023a: 3 f., 14; IOM 2023 und 2024; BIB Aktuell 6/24; ORF.at 2024; CBS.nl 2024; Statistics Norway 2024; Dänische Agentur für Arbeitsmarkt und Personalvermittlung 2024

zent ans Ende, berechnet für September 2023 (EMN 2024). Das IAB sieht Großbritannien und Litauen mit 56 Prozent an der Spitze und Rumänien mit sieben Prozent am Schluss, berechnet für das dritte Quartal 2023 (Kosyakova et al. 2024). Die einzelnen Werte der beiden Tabellen differieren, aber deutlich sind die großen Differenzen zwischen den Ländern.¹² Eine neue ukrainische Befragungsstudie errechnet für Mai 2024 in Deutschland 24 Prozent Arbeitsbeteiligung, für das übrige Europa 58 Prozent (Impact 2024). In der Abbildung 4 wird versucht, möglichst aktuelle Werte zu verarbeiten. Dazu wurden unterschiedliche Quellen verwendet und auf ihre Zuverlässigkeit abgeglichen.

¹² Beispielsweise gibt die OECD für Estland 54 Prozent an, die IAB-Tabelle nur 43 Prozent, obwohl die estnischen Werte auf der Website des estnischen Statistikamtes abrufbar sind. Aktuell zeigt die estnische Statistikbehörde eine Beschäftigungsrate von 56 Prozent für weibliche und 64 Prozent für männliche Schutzsuchende an (Statistics Estonia 2024).

1.5 Unterbeschäftigung und Arbeitskräftemangel als deutsches Problem

Für Geflüchtete ist die Arbeitsaufnahme ein Schlüssel zum Ankommen, zu Integration und Anerkennung. Über das Materielle hinaus führt sie zu sozialen Kontakten auf gleicher Ebene und erzeugt Selbstwertgefühl und Wertschätzung in der Aufnahmegesellschaft. Regelmäßige Beschäftigung kann darüber hinaus helfen, Normalität und Perspektive ins Leben zurückzubringen, auch wenn die alten Lebensumstände vor der Flucht zerbrochen und entsetzliche Dinge geschehen sind.

Deutschland wird wirtschaftlich und finanziell gestärkt, wenn Flüchtlinge Arbeit aufnehmen und Steuern zahlen. Andernfalls belastet das Nebeneinander von steigendem Arbeitskräftebedarf und langjährigem Transferbezug von Millionen Flüchtlingen im besten Arbeitsalter die öffentlichen Haushalte und führt zu politischen Spannungen.